

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 4/19

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

„Ach Mülheim, was hat dich bloß so ruiniert?“ Na, wer/was wohl?

Ach hätte man nur früher auf die MBI gehört

WAZ-Kommentar "Ach Mülheim, was hat dich bloß so ruiniert?" am 13.4.19: „Ein Wirtschaftsförderer, der entnervt aufgibt. Ein ohnmächtiger Oberbürgermeister, zur Handlungsunfähigkeit degradiert. Und dazu ein Bericht der Rechnungsprüfer, der der Stadt bescheinigt, fast 400.000 Euro aus dem Fenster geschleudert zu haben, ohne sagen zu können, was die Paritätische Initiative für Arbeit (Pia) für das Geld überhaupt geleistet hat.“ Natürlich ist die WAZ-Frage nur eine rhetorische, denn auch die WAZ weiß, dass die Folgen der Mühlenfeld-Ära mit Ruhrbania, PPP-Orgien und vieljähriger unseriöser Haushaltsführung die Stadt ruiniert hat mit einem Rat, der alles abnickte und einer Aufsichtsbehörde, die immer und immer wieder alle Äuglein zudrückte. Das haben die MBI immer wieder dargelegt, doch sie wurden Jahr für Jahr ignoriert und marginalisiert. **Pleite, pleiterer, Mülheim!** Oh Gott, lass Hirn nach MH regnen!



Fest in der Freilichtbühne für den Erhalt unserer VHS in der MüGa

am Samstag, dem 25. Mai von 16 bis 22 Uhr

mit Musik, Information, Bildern, Filmen, Essen und Trinken - alles zur Vorbereitung des Bürgerentscheids

Bildung hat ein Zuhause - die VHS in der MüGa!!



Koalitionskrach der Berliner GroKo wegen der neuen Grundsteuer

Was die unverhältnismäßige Mülheimer Grundsteuererhöhung um irrsinnige 39% auf einen sage und schreibe nun 890% betragenden Hebesatz besonders explosiv macht, ist die vom Verfassungsgericht angeordnete Reform der Grundsteuer. Wie heikel die ist, zeigt auch der Koalitionskrach darüber in der Berliner GroKo. Egal, was die in Berlin beschließen werden, etliche Mülheimer Eigenheimnutzer und Mieter werden ob des enorm hohen Hebesatzes ganz heftig bluten müssen! Nur am Rande: Natürlich wäre es das Sinnvollste und Gerechteste, wenn der Grundsteuerhebesatz überall in Deutschland gleich wäre. Solange jede Kommune dabei freie Hand hat, werden die großen Unterschiede und Disparitäten zwischen Regionen und Städten weiter kräftig zunehmen. Doch über diesen sinnvollsten Aspekt der Grundsteuerreform reden die Streithähne bzw. -hühner in Berlin nicht.

Finanzminister Scholz hat seinen Gesetzentwurf für die neue Grundsteuer in die Ressortabstimmung geschickt - obwohl das Kanzleramt nicht zugestimmt hat. Das macht die Union wütend. Eine Einigung ist nicht in Sicht, obwohl die Grundsteuerreform noch 2019 verabschiedet werden muss, sonst entfällt die Steuer erst einmal!

Die **Volksinitiative gegen Straßenbaubeiträge in NRW** hat nach der Hälfte der einjährigen Frist schon rund **440.000 Unterschriften** gesammelt, viele tausende davon in Mülheim! 66.000 Unterzeichner waren nötig, damit der Landtag sich mit diesem Thema beschäftigen muss. Man darf gespannt sein!

Auf den folgenden Seiten:

- Chaos pur in Mülheim a.d. Ruhr: Beispiel ÖPNV. Schluss mit Mendacks unseriösen Plänen!..... S.2
 - MBI-Antrag, den Schulentwicklungsplan an die stark geänderte Realitäten anzupassen: Vertagt..... S. 3
 - MBI-Anfrage zu Bedingungen für die Beteiligung Mülheimer Schulen am DigitalPakt: Verschoben S. 4
 - Keine Auskunft auf MBI-Fragen zu Personalbestand der Stadt Mülheim im Städtevergleich?!?..... S.4
- Einlegeblatt:** Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" und die Würdelosigkeit der MH-Lokalpolitik

Chaos pur in Mülheim a.d. Ruhr: Beispiel ÖPNV

Neben der Grundsteuererhöhungsorgie beschloss die Mülheimer Kenia-Koalition (SPD, CDU, Grüne) auf Vorschlag des in Finanz- und ÖPNV-Angelegenheiten eher unbedarften Kämmerers weitere Millionen demnächst bei Personal und ÖPNV irgendwie einzusparen. Doch in beiden Feldern ist ein Konzept noch nicht einmal im Ansatz erkennbar. Beim ÖPNV herrscht sogar nur heilloses Durcheinander. Noch vor der Sommerpause soll ein Sparkonzept beschlossen werden, dass in Zeiten von Klimakrise, Dieserverbotsdrohungen und verstärkten Rufen nach einer Verkehrswende nicht nur wie ein Rückfall in die 70er Jahre wirkt, sondern auch deutliche Merkmale von Schildbürgerei beinhaltet. Wenn z.B. angedacht ist, alle Haltestellen der U 18 zwischen Hbf und Heißen zu schließen, um so Zeit zu sparen, damit aus Kostenersparnis weniger Züge eingesetzt werden könnten, so packt man sich nur noch an den Kopf ob dieser Lachnummer. Ganz nebenbei fährt die U 18 nach Essen weiter, wo dann ohnehin andere Taktzeiten gelten würden. Weniger lachhaft, sondern eher strotzend vor Ignoranz ist die seit Jahren nicht enden wollende Diskussion um die von einer Ratsmehrheit von CDU, BAMH, FDP, SPD und auch Grünen immer wieder geforderte Stilllegung auch noch des Kahlenbergstags der 104 trotz mehrmalig wiederholter hoher Rückzahlungsansprüche der Landesbehörden. Deshalb haben die MBI ihren erneut nicht ernsthaft behandelten Antrag dazu im letzten Mobilitätsausschuss auch an den RP geschickt mit der Bitte um Stellungnahme. Die folgende Antwort des zuständigen Dezernenten an die MBI ist wenig überraschend und erneut klar und deutlich. Wer verstehen will, warum in Mülheim so Vieles aus dem Ruder gelaufen ist, lese sich die folgenden Ausführungen durch und erschrecke hoffentlich nicht, wie unseriös in Mülheim seit über 1 Jahrzehnt Politik gemacht wurde!

Matthias Vollstedt

Hauptdezernent Dezernat 25 - Verkehr bei der Bezirksregierung Düsseldorf

*Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, sehr geehrter Herr Scholl, auch ich bin der Auffassung, dass die Wirtschaftlichkeit des ÖPNV in Mülheim an der Ruhr dringend verbessert werden muss. Grundsätzlich kann aber die Aufgabe öffentlich finanzierter Verkehrsinfrastruktur immer nur die Ultima Ratio sein, da eine solche Entscheidung - anders als z.B. bei der Aufgabe einer Buslinie - immer erst einmal selbst sehr hohe Kosten erzeugt und zudem irreversibel ist. Daher bedarf es vor der Umsetzung einer solchen Entscheidung stets einer besonders sorgsam Prüfung der Frage nach den finanziellen Auswirkungen und der Betrachtung anderweitiger Sparpotentiale. **Trägt man also dem vom Rat der Stadt formulierten Wirtschaftlichkeitsvorbehalt Rechnung, stehen der angedachten Stilllegung des sogenannten Kahlenbergstages der Straßenbahnlinie 104 derzeit verschiedene Aspekte entgegen.***

*Zum einen liegen **für geförderte Baumaßnahmen aus 2008 und 2018 noch keine Schlussverwendungsnachweise** vor. Dies betrifft zum einen die Umgestaltung des Verkehrsknotens Leineweber-/Friedrich-Ebert-/Friedrichstr. Die mit rund 18 Mio € geförderte Gesamtbaumaßnahme ist **seit 2008 unter Verkehr, aber bis heute nicht abgerechnet, weshalb die 20-jährige Bindefrist noch nicht begonnen hat.** Auch die im Oktober 2018 erfolgte - ebenfalls geförderte - Neugestaltung des Verkehrsknotens Oppspring (u.a. Einbau einer neuen Weichen- und Kreuzungsanlage) ist naturgemäß noch nicht abgerechnet. Also hat auch hier die Bindefrist für die rund 2,7 Mio Euro Förderung noch nicht begonnen.*

*Würde bei diesem Sachstand die Bahn stillgelegt, **wäre ein wesentlicher Förderzweck endgültig nicht erreicht mit der Folge, dass sämtliche mit der Bahn zusammenhängenden Fördermittel - also auch diejenigen, die in den dazugehörigen Straßenbau (Ruhrbania) geflossen sind** - zurückzuzahlen sind. Neben der förderrechtlichen ist die verkehrsrechtliche Seite zu beachten. Ein Antrag auf Stilllegung (Entbindung von der Betriebspflicht) müsste auch nach Abrechnung beider Bauvorhaben die Hürden des § 21 Abs. 4 PBefG nehmen. Ich habe Zweifel, dass dies möglich ist.*

*In dem zweistufigen Verfahren muss als erste Voraussetzung ein Nachweis der wirtschaftlichen Unzumutbarkeit erbracht werden. Insoweit ist aus meiner Sicht kritisch, dass bis heute unwirtschaftliche Parallelverkehre zum Schienennetz mit Bussen existiert. Hierauf habe ich in meinen Verfügungen zum Nahverkehrsplan vom 23.5.14 und vom 26.4.17 bereits hingewiesen. **Mit einer Ersatzbuslinie für die Straßenbahnlinie 104 käme noch eine weitere Buskonkurrenz für das verbleibende Schienennetz hinzu.** Zudem dürften auch der auf die Ruhrbahn entfallende Teil der o.g. Rückzahlungsverpflichtungen, die von der Ruhrbahn selbst kalkulierten Rückbaukosten der Infrastruktur von rund drei Mio € sowie der Wert der noch kaum abgeschriebenen Fahrleitung gegen die Wirtschaftlichkeit der Buslösung sprechen. Hierzu ist mir keine weitere Berechnung bekannt. **Auch die Unternehmensstrukturen der Ruhrbahn haben mit Blick auf die Wirtschaftlichkeit noch Entwicklungspotential.***

Schulentwicklungsplan an stark geänderte Realitäten anpassen

MBI-Antrag für den Stadtrat am 11.4. 19 (*trotz Dringlichkeit in den Bildungsausschuss verschoben!*)

Aufstellung eines den stark veränderten Voraussetzungen entsprechenden neuen Bildungs- und Schulentwicklungsplans für die Stadt Mülheim

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage von aktualisierten Bedarfsprognosen schnellstmöglich einen vollständig neuen Bildungsentwicklungsplan zu erarbeiten. In der Entwicklungsplanung sollen Maßnahmen und Zielvorstellungen inkl. notwendiger Neubauten, Umstrukturieren, Kooperationen usw. für das nächste Jahrzehnt erarbeitet und erste Vorschläge noch in 2019 den zuständigen Gremien vorgelegt werden.

Begründung:

Zuletzt wurde ein Bildungsentwicklungsplan im Jahr 2011 beschlossen, vgl. hier. Dem lagen die Prognosen des vorhergehenden Jahrzehnts zugrunde mit insgesamt kontinuierlicher Abnahme von zu erwartenden Schülerzahlen. Seitdem hat sich die Situation aber grundlegend verändert. Die Geburten- und die Schülerzahlen stiegen in den letzten Jahren und es ist absehbar, dass die Schülerzahlen im kommenden Jahrzehnt sogar deutlich steigen werden u.a. aufgrund der Zuwanderung,

Auch die Landesregierung geht derzeit von einem Anstieg der Geburten- und Schülerzahlen um ca. 20% bis zum Jahre 2029 aus. Wir verweisen in dem Zusammenhang auch auf den Bericht der Verwaltung im September 2017 (!) (V 17/0772-01).

Zu den absehbar ansteigenden Schülerzahlen aufgrund demographischer Veränderungen sind in den letzten Jahren weitere zusätzliche Anforderungen wie Integration, Inklusion und demnächst die Rückkehr zu G9 für die Schulen hinzugekommen.

Etliche Schulen nicht nur in Mülheim arbeiten bereits an der Grenze ihrer Möglichkeiten. Jenseits von schon lange geplanten Sanierungen und dem ad hoc geplanten Einsatz von Containern auf Schulhöfen ist keine vorausplanende Reaktion auf die bestehenden und sich verschärfenden Probleme in Sicht. In Mülheim werden sogar aktuell noch Maßnahmen des überholten BEP von 2011 umgesetzt, die noch in der Zeit rückläufiger Schülerzahlen beschlossen wurden, wie z.B. Abriss von Schulgebäuden und Vermarktung von Schulgrundstücken für Wohnbebauung.

Unabhängig davon, dass es voraussichtlich schwierig sein wird, bei dem bereits bestehenden Lehrermangel eine ausreichende Besetzung von Stellen zu erreichen, was zu den Aufgaben des Landes gehört, liegt die Bereitstellung von ausreichenden räumlichen Kapazitäten vorrangig im Verantwortungsbereich der Kommunen als Schulträger. Das geht logischerweise nicht ohne Vorlaufzeit und an die Realitäten angepasste Prognosezahlen. Deshalb muss es Aufgabe der Verwaltung sein, möglichst zeitnah Vorschläge zu machen, wie die Probleme angegangen werden sollen. (Unter anderem muss eine Entscheidung getroffen werden, ob die Gründung einer weiteren Gesamtschule in Angriff genommen werden soll oder nicht). Lehrer, Eltern und Schüler wollen und müssen wissen, wie es weitergehen soll und zwar nicht nur bei der Behebung eines aktuellen Problems, sondern auch bei der zukünftigen Schulentwicklung in unserer Stadt.

Es ist absehbar, dass die Stadt in Zukunft auch nicht um den Neubau von Schulen herumkommen wird,



zuerst möglicherweise Grundschulen. Deshalb bietet sich an, die noch verbliebenen städtischen Grundstücke und Immobilien aufzulisten, die theoretisch dafür in Frage kommen könnten und ggfs. von weiterem Verkauf bzw. andersartiger Bebauung ausgenommen werden sollten.

Fazit: Es müsste allerhöchste Priorität werden, mit zukunftsgerichteter Schulentwicklungsplanung ohne Verzug jetzt zu beginnen. Dafür ist ein Auftrag des Rates an die Verwaltung eigentlich überfällig.

P.S.: Zur Erinnerung auch:

Die MBI beantragten bereits im Rat am 10.3.2016 einen Grundsatzbeschluss zur Neuaufstellung des Schulbedarfsplans und zusätzlich damals die Aufnahme der Realschule Broich in das Dringlichkeitsprogramm. Der MBI-Antrag wurde aber von SPD, CDU und Grünen von der TO des Rates gestimmt!



Am 15. März wurde der sog. Digitalpakt auch im Bundesrat beschlossen. Der Bund stellt über einen Zeitraum von fünf Jahren insgesamt fünf Milliarden Euro zur Verfügung, davon in dieser Legislaturperiode 3,5 Milliarden. Zusammen mit Landesgeldern stehen dann insgesamt mindestens 5,5 Milliarden € zur Verfügung. Rein rechnerisch bedeutet dies für jede der ca. 40.000 Schulen in Deutschland im Schnitt 137.000 € oder umgerechnet auf die derzeit ca. 11 Millionen Schüler/innen eine Summe von 500 € pro Schüler. Deshalb hatten die MBI für den Bildungsausschuss im März einen Fragenkatalog eingereicht, damit die Bedingungen für die Teilnahme rasch geklärt werden. **Doch der Ausschuss verschob die MBI-Fragen wortlos auf Ende Mai. Noch Fragen?**

MBI-Anfrage für den Bildungsausschuss am 25. 3. 2019

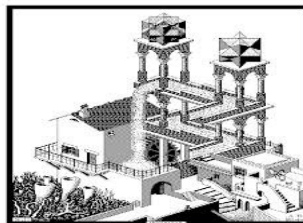
Betr.: Beteiligung Mülheimer Schulen am DigitalPakt

Die Verwaltung möge die folgenden Fragen beantworten:

- 1.) Welche Voraussetzungen müssen seitens der Stadt Mülheim und der einzelnen Schulen erfüllt sein, um Mittel aus dem DigitalPakt beantragen zu können? Ist dazu ein Medienentwicklungsplan erforderlich, und falls ja, welche Schulen außer der Grundschule Heinrichstr./August-Schmidt-Str. haben einen solchen Medienentwicklungsplan?
- 2.) Wieviel Fördergelder kann die Stadt Mülheim aus dem DigitalPakt erhalten?
- 3.) Wie werden die Gelder auf die Schulen verteilt?
- 4.) Was kann aus den Fördergeldern bezahlt werden (Hardware, Software, Netzwerke, Installation, Wartung), was ist davon ausgeschlossen? Ist daran gedacht, ggfs. Hardware mit anderen Städten gemeinsam einzukaufen?
- 5.) Wie ist der aktuelle Stand bei der Ausstattung der Mülheimer Schulen?
- 6.) Wer entscheidet, welche Betriebssysteme zum Einsatz kommen und wer ist für die Lizenzen zuständig?
- 7.) Wer ist für die Wartung zuständig und wie werden evtl. notwendige Anpassungen bei Hard- und Software gewährleistet? Ist dabei die Möglichkeit von Leasing vorgesehen, damit sowohl Hard- wie auch Software nicht überaltern?
- 8.) Welche Folgekosten entstehen evtl. aus den zusätzlichen geförderten Investitionen, die dann von der Stadt weiter gezahlt werden müssen?

Keine Auskunft zu Personalbestand von Mülheim im Städtevergleich?!?

Mülheim hat die höchste Pro-Kopf-Verschuldung in NRW und ist hoffnungslos sogar bilanziell überschuldet. Über viele Jahre haben die MBI auf die Ursachen hingewiesen und eindringlich vor dem absehbaren Absturz gewarnt. Aussagekräftiger als jährliche Schönrechnereien für fiktive Haushaltsausgleiche irgendwann sind ohnehin die Gesamtergebnisse der Etatplanung, z.B. die Entwicklung der Kassenkredite und des Eigenkapitals. Die MBI trafen aber nur auf taube Ohren in Mülheim und zugedrückte Augen in Düsseldorf. Um endlich an die Beseitigung der Ursachen heranzugehen, müssen diese analysiert werden, z.B. die Personalkosten. Deshalb stellten die MBI für den Finanzausschuss eine Anfrage zum Personalbestand im Vergleich zu NRW-Städten mit ähnlichen Voraussetzungen.



Im Finanzausschuss wurde der Punkt auf den Hauptausschuss verschoben und dort war die dürftige Auskunft, man könne noch nichts sagen, weil die anderen Städte noch nicht geantwortet hätten. In der Privatwirtschaft würde das als Arbeitsverweigerung angesehen und die beiden zuständigen ("verantwortlich" kann man sie nicht nennen) Mendack und Steinfort, zumindest mit Abmahnungen bestraft, oder!?

MBI-Anfrage für den Finanzausschuss am 28. 3. 2019 TO: öffentlich

Personalbestand der Stadt Mülheim im Städtevergleich

Die Verwaltung möge zu folgenden Fragen berichten:

- 1.) **Wie hoch ist der Personalbestand der Stadt Mülheim im Vergleich zu anderen, etwa gleichgroßen Städten mit ähnlichen sozioökonomischen Bedingungen in NRW/Ruhrgebiet?**
In Frage kommen hier die Städte Solingen, Leverkusen, Hamm und Hagen.
2. a) **in der Verwaltung selbst (Kernhaushalt)**
b) **in den ausgegliederten Gesellschaften?**
- 3.) **Wie hoch sind die entsprechenden Personalkosten?**
- 4.) **Welche Gründe gibt es ggfs. für den Mehraufwand in Mülheim?**

Anm. MBI: Es kann uns niemand erklären, dass es in 3 Wochen nicht möglich sein sollte, auf die einfachen Fragen die zugehörigen Informationen zu beschaffen! Wenn Kämmererei und Verwaltung wirklich ernsthaft an einer Haushaltssanierung, nicht nur an Steuererhöhungen, arbeiten würden, hätten sie diese Vergleichszahlen längst von sich aus gesucht! Die sog. "Aufsichts"behörde hätte das auch ungefragt vorgeben müssen.

Einlegeblatt

**M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n** ●

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr

Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr

Telefon: 0208-3899810

Telefax: 0208-3899811

M B I

e-mail: fraktion@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Aktionsbündnis “Für die Würde unserer Städte” und die Würdelosigkeit der Mülheimer Lokalpolitik

*Muss man sich als Mülheimer regelrecht fremschämen
für den Politikbetrieb in seiner Heimatstadt?*

Die eigentlich im Ruhrgebietsvergleich deutlich besser gestellte Stadt Mülheim hat es geschafft, die absolut höchste Pro-Kopf-Verschuldung in ganz NRW zu produzieren. Zuletzt hat sie es mit einer 39%igen Grundsteuererhöhung auf nun 890% auch bundesweit in die absolute Spitzengruppe geschafft. Anstatt aber ernsthaft an einer Haushaltskonsolidierung zu arbeiten, bei der auch strukturell Weichen umgestellt werden müssten usw., zerfällt die Stadt seit Jahren in Zank und Streit mit z.T. unterschiedlichen Streithähnen. Der widerlichste ist der seit ca. 1 Jahr wütende Streit innerhalb des sog. Verwaltungsvorstands (OB+4 Dezernenten). Und der hat seit dem 4. April ein weiteres Kapitel aufgeschlagen.

OB Scholten konnte nämlich den Hauptausschuss nicht leiten, weil er in Berlin als Vertreter des Aktionsbündnis “Für die Würde unserer Städte” der hoch verschuldeten Städte bei der Pressekonferenz war. Was sich in Scholtens Heimatstadt aber abspielt, hat mit „Würde“ wenig zu tun. So ist es auch nicht verwunderlich, dass in Mülheim bisher weder eine Pressemitteilung der Stadt, noch ein Artikel der Lokalmedien zu den Forderungen des Aktionsbündnisses zur dringenden Hilfe bei der Entschuldung erschien. Deshalb weiter unten die Pressemitteilung der ebenfalls hoch verschuldeten Stadt Wuppertal (wenn auch deutlich weniger als MH): „Aktionsbündnis fordert in Berlin Altschuldenhilfe“, denn die Inhalte sind von durchaus hoher Bedeutung für die herunter gewirtschaftete kleine Großstadt MH mit 172.000 Einwohnern, einem Schuldenberg von über 2 Milliarden € und einer sogar bilanziellen Überschuldung von über 550 Millionen €.

Der HA war auch ohne den OB ätzend langweilig und langwierig. Scholten war also längst zurück, als die HA-Sitzung zu Ende war. Er hatte die Fraktionsvorsitzenden und Einzelratsmitglieder im Anschluss an den HA zu einem Gespräch in sein Büro gebeten. Dort offenbarte er, dass er beabsichtige, die Beteiligungsholding (BHM) aus dem Dezernat des Kämmerers nun in seinem Dezernat anzusiedeln. Mit dem Rest des Verwaltungsvorstands habe er das noch nicht besprochen. Alle waren ziemlich baff und man ging recht sprachlos auseinander nach dieser neuesten Episode aus dem Gezänk innerhalb der Stadtspitze, sprich OB und Kämmerer Mendack.



CDU, BAMH, FDP und Grüne reichten deshalb heute einen Ratsantrag ein, der Mendack gegen seinen Parteikollegen Scholten stützen soll, und zwar als Gesellschaftervertreter in der BHM und im Aufsichtsrat der Ruhrbahn. Bereits vorher hatte die WAZ den Artikel „Paukenschlag im Mülheimer Rathaus – Mülheims OB entzieht Kämmerer Kompetenz für Stadttöchter – Ist das die späte Rache für das Frühjahr 2018?“ ins Netz gestellt, von wem auch immer sie informiert worden waren. Die MBI unterschrieben den Antrag nicht, weil sie sich an den unwürdigen Zänkereien nicht beteiligen werden.

Kurz zu der Angelegenheit dreierlei:

- 1.) Ein OB hat die Organisationshoheit über die Zuordnung von Ämtern und Gesellschaften zu einzelnen Dezernaten.**

b.w.

Wenn er den beabsichtigten BHM-Wechsel von Mendacks zu seinem Dezernat also auch vornehmen darf, so ist oder wäre das zumindest in der Art und Weise alles andere als klug. Ob es sinnvoll sein könnte, weiß keiner, ist aber wohl nebensächlich. Real wird sich dadurch nicht besonders viel ändern, außer dass Mendack nicht mehr Gesellschaftervertreter in der BHM wäre. Die BHM verwaltet alle ausgegliederten Gesellschaften, die alle außerhalb des Kernhaushalts agieren. BHM-Chef Dönnebrink hat das insgesamt im Griff, unabhängig vom zuständigen Dezernat. Im Aufsichtsrat der Ruhrbahn sitzt per Gesellschaftervertrag der OB. Was es bringen soll, wenn nun Mendack dort „dauerhaft“ an seiner Stelle säße, ist nicht wirklich erkennbar, wenn man bedenkt, welche schwierige Entscheidungen anstehen. Dass Mendack als Nicht-Experte außer „Bus statt Bahn“ sowie Taktverschlechterungen, Stilllegung von Haltestellen (u.a. bei der U 18) und Streichung von Buslinien nichts zu einem zukunftsfähigen ÖPNV-Konzept beitragen kann, ist hinlänglich bekannt. **Am Rande: Der gesamte Verwaltungsvorstand und die Ratsmehrheit hatten sich im letzten Herbst mit Händen und Füßen gesträubt, mit dem Abgang des Dezernenten Ernst Ende Feb. eine grundlegend neue Dezernatsverteilung in die Wege zu leiten und erst danach eine/n passende/n neue/n Dezernenten/in zu suchen. Das hatten u.a. die Wirtschaftsvereinigung und auch die MBI gefordert. Und so blieb alles irgendwie wie immer, außer s.o.**

Presseinformation der Stadt Wuppertal

Aktionsbündnis fordert in Berlin Altschuldenhilfe



SOS-Ruf von 70 hochverschuldeten Kommunen mit mehr als neun Millionen Einwohnern

Seit genau zehn Jahren kämpft das parteiübergreifende Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" mit inzwischen 70 hochverschuldeten und vom Strukturwandel stark belasteten Kommunen aus acht Bundesländern mit mehr als neun Millionen Einwohnern, um

"raus aus der Schuldenfalle" zu kommen, Gestaltungsfähigkeit wiederzugewinnen und keine neuen Schulden machen zu müssen. Mit wissenschaftlichen Analysen und Finanzberichten hat dieses Bündnis nachgewiesen, dass die Liquiditätskredite von bundesweit rund 47 Milliarden Euro zum größten Teil nicht selbstverschuldet sind, sondern eine Folge von nicht ausreichend gegenfinanzierten Bundes- und Ländergesetzen zu Lasten der Kommunen.....

Städte und Landkreise machen Druck

Nachdem die Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und Landräte der finanzschwachen Kommunen mit ihren Forderungen nach mehr Bundes- und Länderhilfe zur kommunalen Selbsthilfe immer wieder vertröstet worden sind, machen sie nun Druck. Und zwar nicht als Bettler, sondern selbstbewusst. u.a. mit dem Hinweis, dass mit vielerorts nicht mehr gegebener kommunaler Gestaltungsfähigkeit das demokratische System in Deutschland gefährdet ist. Sie pochen auch auf die vom Grundgesetz postulierte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Denn die Bürger in ihren Städten und Gemeinden verstehen nicht mehr, weshalb sie bei höheren Abgaben und Steuern weniger kommunale Leistungen bekommen als die Bürger in anderen Kommunen.

Grundproblem lösen

..... Angesichts der Abschwächung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden Bund und Länder, wenn sie nicht jetzt beherzt und mit Weitblick handeln, viele Jahre nicht mehr handeln können! Die Ankündigung des Bundesfinanzministers, die finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der noch Jahre dauernden Integration von Zuwanderern zu kürzen, lässt bereits nichts Gutes erwarten. Für die betroffenen Kommunen und ihre mehr als neun Millionen Einwohner ist es nicht mehr "Fünf Minuten, sondern eine Minute vor Zwölf". Sie sind das politische "Schwarze-Peter-Spiel" zwischen Bund und Ländern endgültig leid. Selbstverständlich ist die Verantwortung für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen Ländersache, dennoch muss sich der Bund als Gesetzgeber für viele kommunale Pflichtaufgaben daran beteiligen, weil von ihm beschlossene Gesetze zur hohen Verschuldung beigetragen haben. Gespräche des Aktionsbündnisses mit der Bundesregierung und den Bundestagsfraktionen geben Hoffnung, doch jetzt müssen "Nägel mit Köpfen" gemacht werden.

Entschuldung nachhaltig unterstützen.....

Den SOS-Ruf vor der Bundespressekonferenz werden OB Ulrich Scholten (SPD) aus Mülheim/Ruhr, OB Dr. Bernhard Matheis (CDU) aus Pirmasens, Stadtkämmerer Dr. Johannes Slawig (CDU) aus Wuppertal und Bürgermeister Ralf Latz (SPD) aus Saarbrücken vortragen. Sie sind sich einig: "Hätten Bund+Länder bezahlt, was sie bestellt haben, würden wir nicht um Hilfe rufen."